

Endspurt vor den Weihnachtsferien



Wie immer wird die Zeit knapp vor der wohlverdienten Pause, auch für die Politik zur Jahreswende. Termine und

Feiern häufen sich und GRÜNE mischen kräftig mit. Am 5.12. beschäftigen wir uns auf der Mitglieder-versammlung mit den Themen Trinkwasser, Bädergutachten und Gruga/Messe. Dann kommt nach Nikolaus am 8.12. der Weltklimatag. Wir fahren mit einem Bus zum im Bau befindlichen Braunkohlekraftwerk Neurath - eine der größten CO₂-Dreckschleudern. Aber nicht genug damit.

Am gleichen Tag erdreistet sich die NPD in Altendorf zu demonstrieren, um ihr ausländerfeindliches Süsschen zu kochen, weil dort Auseinandersetzungen um den Moscheeneubau „In der Hagenbeck“ weiter schwelen. Ein breites Bündnis mobilisiert nach Altendorf, um sich den Nazis entgegenzustellen und für Toleranz und Religionsfreiheit einzutreten.

Uns beschäftigt weiter stark das Thema „schlechtes“ Trinkwasser in Essen. Leider gibt es da noch einiges zu tun, bis unser Ruhrwasser mit bester Qualität aus dem Wasserhahn läuft. Unterstützen Sie uns dabei, damit die Stadtwerke Ihre Wasseraufbereitung dem Stand der Technik anpassen und Schadstoffe minimieren.

Darüber und über andere Themen informieren wir Sie/Dich in dieser Ausgabe.

Alles Gute zum Jahreswechsel wünscht Ihnen/Dir

Steffi Hansmeier-Maas

8. Dezember: Weltklimatag Wir demonstrieren in Grevenbroich

Die NRW-Klima-Allianz ruft am weltweiten Klima-Aktionstag am 08.12. von 14-17 Uhr zur Demonstration vor den Bauplatz des neuen Braunkohlekraftwerks in Grevenbroich-Neurath auf. Dort entsteht eine CO₂ -Dreckschleuder, die den Bemühungen gegen den Klimawandel untergräbt. Kohlekraftwerke sind der

Klimakiller Nr.1! Wir GRÜNE werden uns an der Demo beteiligen und wollen dazu nach Neurath mobilisieren. Wir wollen gemeinsam mit zahlreichen Umweltinitiativen und den Kirchen für eine konsequente Klimapolitik streiten. Die Demonstration in Neurath und eine weitere Kundgebung in Berlin sind Teil des

globalen Klimaaktionstags. Während die Regierungen zeitgleich auf Bali über die künftige Klimapolitik verhandeln, werden Menschen weltweit für den Klimaschutz auf die Straße gehen. Wir bitten Euch herzlich, für die Teilnahme an der Demonstration breit zu werben und auch selbst nach Neurath zu kommen. (siehe S.3)

Die GRÜNEN Essen haben einen Bus angemietet. Der Bus fährt am Samstag, den 8.12. um 12.00 Uhr am Essener Hauptbahnhof (Südseite) ab und macht einen Zwischenstopp um 12.30 Uhr in Mülheim am HBF.

Fahrkarten gibt es über die GRÜNEN in Essen (Tel. 0201.2476433, kreisverband@gruene-essen.de) und Mülheim (Tel. 0208.479267, info@gruene-mh.de)

Die Fahrkarten kosten 10 Euro.



Aktionstag
8. Dez. 2007
» KLIMA
SCHUTZ
JETZT! «
die-klima-allianz.de

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Weltklimatag/Busfahrt gegen Neurath	1
Essener Trinkwasser dringend verbesserungswürdig	2
Von Nachbarwasserwerken lernen	3
Steinkohle und Braunkohle — Die Klimakiller	3
Protest gegen NPD-Aufmarsch in Altendorf	4
Umweltzone Ruhr bräuchten wir	5
Gruga erhalten- GRÜNE zur Messeerweiterung	6
Regionaler Flächennutzungsplan – was nicht drin sein soll	6
Resolution für das Wahlrecht von Nicht-EU-BürgerInnen	7
Was tun mit den Stadttauben?	8
Kais Brief aus Nürnberg (BDK)	9
Flughafen Düsseldorf – Flugverspätungen	10
Termine/Impressum	11

Essener Trinkwasser ist zweite Wahl - sorgen wir gemeinsam für sauberes Wasser

Das eindeutige Ergebnis der Veranstaltung der GRÜNEN zur Qualität der Aufbereitung des Ruhrwassers lautete: In Essen wie ruhraufwärts hinkt die Wasseraufbereitung weit hinter dem anderswo üblichen Standard der Technik hinterher. In Essen bekommen wir gegenüber unseren Nachbarstädten Mülheim oder Düsseldorf Trinkwasser von stofflich wesentlich schlechterer Qualität! Dies waren die Grundaussage der Referentinnen Bärbel Höhn (MdB), Johannes Remmel (MdL) und Dr. Harald Friedrich. Eine wirksamere Ausfiltration von Schadstoffen wie PFT, Röntgenkontrastmittel, Psychopharmaka und anderen Medikamentenrückständen findet in Essen nicht statt. Dies wäre aber mit seit langem bewährten techni-

schen Verfahren möglich. Die Filterung in Essen und ruhraufwärts allein durch Sand und Kies, dem gelegentlich Aktivkohle beigemischt wird, ist unzureichend. Woanders üblich bei der Aufbereitung von Flusswasser sind eine Ozonbehandlung, die die gefährlichen Stoffe chemisch spaltet, mit anschließender Filtration durch Aktivkohle im Festbett (Mülheim/Düsseldorf) oder neuerdings eine Filtration durch Membrantechnik.

Um gesundheitliche Risiken für die Essener Bevölkerung auszuschließen, ist eine Nachrüstung der Wassergewinnungsanlage in Essen mit einer vergleichbaren Reinigungsleistung wie Mülheim oder Düsseldorf dringend erforderlich, um PFT, Flammenschutzmittel und Medi-



Ruhrhochwasser - unser Trinkwasser spült so manches mit sich
Foto P. Wahnke

kamentenrückstände zu minimieren.

Die Besonderheiten der Ruhrwassergewinnung

Nur in NRW und Sachsen wird Trinkwasser überwiegend aus Flusswasser gewonnen. In allen anderen Bundesländern wird Trinkwasser zum größten Teil aus Grundwasser erzeugt. Grundwasser ist in der Regel über einen langen Zeitraum durch den Boden gefiltert worden und ist nicht in dem Maße belastet, wie Flusswasser, das allen möglichen Einträgen aus Landwirtschaft, Industrie, Haushalten usw. Hinzu kommt, dass die Stauseen, die die Ruhr speisen, keine geschützten Trinkwasserstauseen sind. Im Gegenteil: alle Stauseen

und Talsperren im Einzugsgebiet der Ruhr unterliegen einer intensiven Freizeitnutzung einschließlich der Befahrung durch Motorboote und Personenschiffe. Landwirtschaftliche Einleitungen und Kläranlagen entwässern in die Talsperren.

Mengen und Grenzwerte

Die Trinkwasserverordnung – das Bundesgesetz – orientiert sich an der Wassergewinnung aus Grundwasser und nicht an der „Ausnahme“ im Rhein-Ruhrgebiet. Von daher gibt es keine verbindlichen Grenzwerte für PFT auf Bundesebene. Die Trinkwasserkommission des Bundes hatte ursprünglich einen Richtwert von 300 Nanogramm (ng) PFT vorgegeben. Aufgrund des über ein Jahr an-



Bärbel Höhn auf der Trinkwasserveranstaltung der GRÜNEN.
Foto P. Hesse

dauernden PFT-Skandals hat dann die Trinkwasserkommission des Bundes den Zielwert von 100 ng festgelegt. Der zuständige NRW-Minister Uhlenberg hat daraufhin die Wasserwerke an der Ruhr angewiesen, den geringeren Richtwert von 100 ng einzuhalten. In der Zwischenzeit haben die Wasserwerke unter Führung von Gelsenwasser Einspruch gegen diesen verschärfte Wert erhoben oder wie es Johannes Remmel (GRÜNER MdL) formuliert: „die Wasserwerke tanzen dem Minister auf der Nase rum!“ In Mülheim hält man dagegen einen Grenzwert von 10ng

ein! Das zeigt, wie weit wir in Essen von Mülheimer Verhältnissen entfernt sind.

Die Mär vom sauberen Essener Wasser

Leider war es nur ein schönes Märchen, dass das Essener Wasser eine gute Qualität hätte. Unvergessen die Auftritte der ehemaligen Umweltdezernentin Eva Maria Krüger, die bei zahlreichen Gelegenheiten mit einem Wasserglas in der Hand für unser Trinkwasser warb. Damit hat sie, aus Naivität oder weil sie es nicht besser wusste, viel zur Legendenbildung beigetragen. Die Ruhr ist eben nur ein „sauberer Industriefluss“, aber eben

keine Trinkwasserquelle.

Entsprechend hoch müssen die Ansprüche an die Wasseraufbereitung sein und entsprechend negativ muss die Qualität der hiesigen Wasseraufbereitung bewertet werden. GRÜNE wie Vertreterinnen von Umweltverbänden sprachen sich auf unserer Veranstaltung dafür aus, gemeinsam stärkeren Druck auf die Stadtwerke auszuüben, um die erforderlichen Investitionen für die Nachrüstung zu erreichen. Dazu bedarf es vor allem auch einer breiten öffentlichen Aufklärung über die Unzulänglichkeiten bei der Trinkwassergewinnung in Essen.

Unsere Forderungen:

Wir fordern Transparenz bezüglich der Messungen der Wasserwerke Essen und wöchentliche Veröffentlichung der Messwerte statt der Jahresdurchschnittswerte auf der Homepage der Stadtwerke und von Gelsenwasser

Wir fordern eine Nachrüstung bei der Wassergewinnung in Essen, die in ihrer Wirksamkeit vergleichbar ist den Trinkwasseraufbereitungsanlagen in Mülheim (RWW), Düsseldorf (Stadtwerke Düsseldorf) und daher wirksam PFT und Medikamentenrückstände minimiert.

Joachim Drell

Von Nachbarwasserwerken lernen

Essener GRÜNE haben am 19.11. gemeinsam mit den GRÜNEN aus Mülheim sowie Bärbel Höhn das RWW-Wasserwerk in Mülheim Styrum besichtigt. Ausführliche Gespräche über die dort angewendeten technischen Verfahren zur Aufbereitung des Ruhrwassers standen im Mittelpunkt „Bei den Stadtwerke Essen müssen schnellstmöglich die technischen Standards des „Mülheimer Verfahrens“ - das dort seit 30 Jahren angewendet wird - erreicht werden. In Mülheim gelingt es beispielsweise, PFT im Trinkwasser auf unter 10 Nanogramm zu reduzieren,“ so Vorstandssprecher Heribert Rüsing (GRÜNE) An solchen Daten müssen sich auch die Essener Wasserwerke bei der Aufbereitung des Wassers messen lassen. „Wasser ist ein Lebensmittel, die EssenerInnen haben Anspruch auf höchste Qualität und Reinheit“

Steinkohle und Braunkohle (RWE!)- die Klimakiller

Nordrhein-Westfalen ist der Klimakiller Nr. 1 in Deutschland. Die durchschnittlich 16 Tonnen CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr summieren sich auf etwa 300 Millionen Tonnen Kohlendioxid jährlich (zum Vergleich: Deutschland gesamt pro Kopf 10 Tonnen). Allein fast 100 Millionen Tonnen CO₂ entfallen dabei auf die Braunkohle-Verstromung. Größter Verschmutzer ist RWE. Mehr als 50 Prozent der CO₂-Emissionen in NRW entfallen auf die Energiewirtschaft. Trotzdem hat die Landesregierung bislang weder ein Klimaschutzkonzept noch

ein zukunftsfähiges Energieszenario vorgelegt. Im Gegenteil: Derzeit sind elf Kohlekraftwerke in NRW in Bau oder Planung. Werden sie realisiert, werden damit alle Klimaschutzziele der Bundesregierung und der EU torpediert. Das Kraftwerk Neurath wird nach seiner Fertigstellung 2009/2010 mit jährlichen CO₂-Emissionen von etwa 35 Millionen Tonnen Europas größter Klimakiller sein. Einmal gebaut, heizen Neurath und die anderen geplanten oder im Bau befindlichen Kraftwerke bis weit über 2050 hinaus unser Klima auf.

Aufruf zum Protest gegen die NPD

Gemeinsam

- für das friedliche und respektvolle Miteinander im Essener Westen
- für Religions- und Glaubensfreiheit
- gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, der massive Protest gegen die NPD im April in Essen-Borbeck hat deutlich gemacht, dass die NPD auch in Essen unerwünscht ist.

Trotzdem will sie schon wieder demonstrieren. Sie ruft für Samstag, 8. Dezember 2007, zu einem Aufmarsch in Frohnhausen auf. In ihrem Aufruf nimmt die Partei, über deren Verbot zur Zeit wieder diskutiert wird, den geplanten Neubau einer Moschee In der Hagenbeck zum Anlass, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu verbreiten.

Wir wollen dagegen gemeinsam ein deutliches Zeichen für das konstruktive und respektvolle Zusammenleben der Menschen in unserem Stadtteil setzen, für Toleranz und Demokratie. Dazu laden wir Sie herzlich ein!

Seit Jahrzehnten leben und arbeiten Menschen aus verschiedenen Ländern im Essener Westen zusammen. Im Gegensatz zur rechten Stimmungsmache, tragen sie zum wirtschaftlichen Leben bei, leisten ihre Beiträge zur sozialen Sicherung und zahlen Steuern. Alle, die hier leben, haben ein Recht darauf, in würdigem Rahmen zu beten, nicht nur in Hinterhöfen

und heruntergekommenen Gebäuden. Das gilt auch für Muslime. Die Freiheit, die Religion im Rahmen des Grundgesetzes auszuüben, gehört zu den Grund- und Menschenrechten.

atsache ist: Das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion ist nicht immer einfach. Bedenken und Fragen müssen Ernst genommen werden. Darum brauchen wir einen vertrauensvollen und konstruktiven Dialog, der Mut macht, statt Stimmungsmache, die Konflikte verstärkt.

Tatsache ist aber auch, dass dieses Miteinander immer wieder gelingt und unser Leben bereichert. Menschen mit und ohne Religionszugehörigkeit sollen die Plätze in unserer Stadt einladend gestalten können und ihren Beitrag zu einer lebendigen Zivilgesellschaft leisten.

Wir demonstrieren gegen die NPD und andere Rechtsextremisten und Neonazis. Mit Hetzkampagnen und dem geplanten Aufmarsch verunsichern sie systematisch die Bevölkerung im Essener Westen, schüren Ängste, bestärken Vorurteile und verbreiten Hass. Sie versuchen, große Teile der Bevölkerung im Essener Westen aus-

zugrenzen.

Wir wollen nicht, dass Rassismus und Rechtsextremismus das Miteinander in unserer Stadt gefährden. Deshalb fordern wir: Kein Platz, kein Raum, keine Stimme für Nazis!



Essen stellt sich quer!

Wir treffen uns am 8.12. um 10.00 Uhr am Ehrenzeller Markt. Die Demonstration macht einen Zwischenstopp am Bhf. Essen West

Uhlenberg nimmt Gesundheitsschutz beim Feinstaub nicht ernst Remmel: „Umweltzone Ruhrgebiet“ muss kommen!

Zur Ankündigung von Minister Uhlenberg, keine umfassende Umweltzone im Ruhrgebiet einzurichten, erklärt **Johannes Remmel MdL**, umweltpolitischer Sprecher:

„Während bundesweit in Großstädten Umweltzonen zum Anfang 2008 eingerichtet werden (Köln, Berlin), lässt es Umweltminister Uhlenberg zu, dass das Ruhrgebiet als Europas größter Ballungsraum von 5 Mio. Menschen keine übergreifende Umweltzone bekommt. Uhlenberg hatte im Frühjahr noch gemeinsam mit den Oberbürgermeistern und Landräten des Ruhrgebiets die Notwendigkeit von regionalen Umweltzonen als eine zentrale Maßnahme gegen den Feinstaub bekräftigt. Als Ergebnis seiner von ihm selbst beauftragten Machbarkeitsstudie hatte er die Einrichtung einer großen Umweltzone im Ruhrgebiet angekündigt. Jetzt lässt er die Kommunen im Regen stehen. Denn auch aufgrund des jüngsten Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes darf es die Landesregierung nicht

zulassen, dass der Schutz der Menschen im Ruhrgebiet um mindestens 1 Jahr verzögert wird und aus der "großräumigen Umweltzone" ein "Umweltzonen-Flickenteppich" gemacht werden soll. Kleine Umweltzonen sind deutlich weniger effektiv. Auch ist der bürokratische Aufwand für die Einrichtung von vielen kleinen Zonen deutlich höher ist als bei einer Zone für das gesamte Ruhrgebiet. Wir fordern Uhlenberg auf, den gesundheitlichen Schutz der Menschen im Ruhrgebiet vor Feinstaub, Stickoxiden und Lärm endlich ernst zu nehmen, das Verfahren an sich zu ziehen und umgehend eine städteübergreifende einheitliche Umweltzone Ruhrgebiet einzurichten. Die GRÜNE Fraktion hat einen Antrag mit dem Titel „Feinstaub: Keine Verzögerung der „Umweltzone Ruhrgebiet“ um ein Jahr zulassen“ (Drs. 14/5346) in den Landtag eingebracht.



Feinstaubbekämpfung- weitere Flickenteppiche?

Allein in Essen sterben gemäß einer aktuellen Studie jährlich 200 Menschen durch die Feinstaubbelastung. Auf jeden Toten kommen statistisch zusätzlich vier Folgeerkrankungen. Betroffen sind in erster Linie Menschen, die in unmittelbarer Nähe stark befahrener Straßen und Kreuzungen wohnen. Dies verlangt eigentlich konsequente Maßnahmen. In Essen gibt es zwei kleine Bereiche um die Gladbecker und Frillendorfer Straße, wo LKW-Verkehr umgelenkt wird oder eine Autobahnauffahrt zeitweise geschlossen wird, um den Feinstaub zu reduzieren. Letztlich wird er nur umverteilt um die beiden Gebiete mit den gemessenen (!) Spitzenwerten zu entlasten. Wo nicht gemessen wird, passiert nichts. Das ist zu wenig. Wir brauchen in Essen eine großflächige Entlastung von Fahrzeugen, die besonders viel Feinstaub produzieren. Dreckschleudern raus! Deshalb hilft nur eine großflächige Lösung für unseren Ballungsraum und kein Flickenteppich. Diese Lösung heißt Umweltzone Ruhrgebiet!

Joachim Drell

Keine Messeerweiterung zu Lasten der GRUGA

Beschlussvorlage des Vorstands zur Mitgliederversammlung am 5. Dezember 2007

Die MV lehnt eine erneute Erweiterung der Messe zu Lasten der GRUGA durch den Neubau von Messehallen ab. Die GRUGA ist keine beliebige Verfügungsmasse.

Die MV begrüßt den Beschluss der Fraktion, zu den vier vorliegenden für GRÜNE indiskutablen Entwürfen für den Messeneubau, Nein zu sagen und einen weiteren Entwurf einzufordern. Dieser soll die Variante der „Qualitätssteigerung im Bestand“ überprüfen und darstellen, wie ein Um- oder Neubau der fraglichen Messehallen auf ihrer jetzigen Fläche den Bedarf an qualitativ hochwertigem Messe-raum befriedigen kann. Begründung:

Im GRÜNEN Kommunalwahlprogramm 2004 wurde festgelegt:

„Keine weitere Versiegelung von Freiflächen in Landschaftsschutzgebiete-

ten. ...Wir wollen diese Freiflächen als wichtige Freizeit-, Bewegungs- und Erholungsräume für die Menschen in dieser Stadt erhalten und die Lebensräume für Flora und Fauna schützen.....“

Der Kooperationsvertrag von CDU und GRÜNEN besagt:

„Die Partner sind sich einig, dass das Gelände der GRUGA in Gänze Landschaftsschutzgebiet bleibt“.

Im Konzernziel Umweltschutz wurde mit Ratsbeschluss vom 28. Februar 2007 festgelegt:

„Erhöhung des Anteils nicht besiedelter Flächen.“

Die GRUGA ist nicht nur die GRÜNE Lunge von Rüttenscheid sondern auch der Essener Vorzeigepark schlechthin. GRÜNE setzen darauf, dass die mit dem Bau des Hundertwasserhau-

ses gegebenen Versprechen zum Erhalt der GRUGA – keine weiteren Eingriffe in den Park - seitens der Politik eingehalten werden.

Im Sinne des Parkentwicklungskonzepts treten GRÜNE für eine Weiterentwicklung der GRUGA und eine Verbesserung des Auftritts der GRUGA in Richtung Alfredstraße ein, u. a. durch eine Blickbeziehung von der Alfredstraße bis zum Blumenhof.



GRÜNE VERANSTALTUNG

Podiumsdiskussion zum **Konflikt Messe-GRUGA** am **3.12.** (Mo) um 19.00 Uhr in der VHS im Rahmen der Reihe „**Essen kontrovers**“. Unter anderem dabei: Messechef Henneke (SPD), Rolf Fliß (GRÜNE), Reinhard Paß (SPD) u. a.

Regionaler Flächennutzungsplan (RFNP) in Beratung

Grundsätzlich begrüßen GRÜNE das neue Planungsinstrument des RFNP. Essen, Mülheim, Oberhausen, Bochum, Gelsenkirchen und Herne planen künftig über die Stadtgrenzen hinaus gemeinsam. Planung soll künftig nicht mehr an der Stadtgrenze haltmachen! Wir wollen jetzt nicht in Gänze den

RFNP vorstellen und diskutieren, sondern nur die besonders strittigen Punkte: Die Ausweisung von zusätzlichen Gewerbe- und Wohnflächen in Essen. Darüber hinaus enthält der RFNP gemäß Gesetzeslage auch die Trasse für den Weiterbau der A 52, die wir entschieden ablehnen.

Bei der Erstellung des Essener Teils des RFNP hat das Planungsamt nicht die aktuelle Beschlusslage 1:1 in den neuen Plan übertragen, sondern von sich aus zusätzliche Flächen für Gewerbe und Wohnen ausgewiesen. So sollen zum Beispiel in Übrerruhr, Haarzopf und in Kettwig

neue Gewerbegebiete auf der grünen Wiese (Heuweg, Hatzper Str. und Teelbruch) ermöglicht werden. Die Planung für ein Gewerbegebiet an der Hatzper Str. war bereits 1989 per Ratsbeschluss zu den Akten gelegt worden. Nun hat die Verwaltung den Plan wieder aus der Schublade

gezogen. In einigen Stadtteilen z.B. am Düppenberg in Dellwig soll wieder eine Wohnbebauung hin, die GRÜNE mit der CDU eigentlich schon gekippt hatten. Wesentlicher Bestandteil der Verhandlungen von GRÜNEN und CDU nach der Kommunalwahl war die Reduzierung des CDU-Wohnbauflächenprogramms, das zahlrei-

che Freiflächen auch in den Außenbezirken für eine Bebauung freigeben wollte. Darüber hatte es zuvor eine intensive Auseinandersetzung gegeben. Die Verhandlungen konnten im GRÜNEN Sinne in diesem Punkt erfolgreich gestaltet werden: Verbindliche Reduzierung von 96 auf 43 mögliche Wohnbauflächen.

Im Kooperationsver-

trag zwischen CDU und GRÜNEN heißt es dazu:

„- Über das 43er Programm hinausgehende Planungen werden nicht verfolgt.

- Die über das 43er Programm hinausgehenden Flächen werden im Einzelfall beendet (z. B. durch FNP Antrag)

- Die Neuaufnahme von Flächen oder Reaktivierung alter Pla-

nungen aus dem 96er Programm kann nur gemeinsam erfolgen“

Für GRÜNE gilt es nun erneut Planungen auszubremsen, die wir bereits verhindert zu haben glaubten.

Dabei gilt unser Grundsatz: keine Gewerbegebiete in Landschaftsschutzgebiet. - kein Wohnungsneubau über das 43er Programm hinaus.

Joachim Drell

RFNP: Bürgereinsprüche jetzt erheben

Der RFNP liegt im Rahmen der vorgeschriebenen Beteiligung der Öffentlichkeit vom 13. 11. bis zum 13.2. im Deutschlandhaus beim Amt für Stadtplanung (Haltestelle Hirschlandplatz) für die Öffentlichkeit aus. In dieser Zeit können BürgerInnen auch Einsprüche gegen bestimmte Planungen des RFNP erheben.

Die **Bürgerinitiative gegen den Weiterbau der A 52** ruft in diesem Zusammenhang dazu auf, Bedenken gegen den Weiterbau der A 52 aufgrund ihrer stadtzerstörerischen Wirkung in den betroffenen Stadtteilen zu formulieren, um den Widerstand gegen dies Planung für die Planungsbehörden festzuschreiben.

Ein entsprechendes Formular mit einem Mustereinspruch wird bis zum 10. 12. fertig gestellt. Wir werden das Formular auch über den Verteiler des Newsletters verschicken.

GRÜNE unterstützen die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen



Der Rat der Stadt Essen hat gestern in seiner Sitzung eine Resolution zur Einführung des kommunalen Wahlrechtes für Nicht-EU-BürgerInnen mehrheitlich verabschiedet, was den GRÜNEN als ein wichtiges und richtiges Signal gewertet wird.

In NRW wurden vergleichbare Resolutionen auf kommunaler Ebene bereits von mehreren Räten beschlossen (z.B. Bonn, Kamen, Köln, Solingen).

Viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger leben schon seit Jahren in unserer Stadt, zahlen Steuern und Abgaben und engagieren sich gesellschaftlich in den verschiedensten Bereichen. Deshalb wünschen wir uns ein Mitwirkungs- und

Entscheidungsrecht in der Kommunalpolitik. GRÜNE sehen das kommunale Wahlrecht als eine wichtige Ergänzung zur Einbürgerung:

Wie aus anderen Ländern - z.B. aus Frankreich - bekannt ist, ist allein die Einbürgerung und Staatsbürgerschaft noch lange keine Garantie für eine weitere erfolgreiche Integration.

Viele Länder Europas haben bereits gute Erfahrungen mit der Ausweitung des kommunalen Wahlrechts gemacht. So existiert das kommunale Wahlrecht derzeit bereits in 16 EU-Mitgliedsstaaten, wie z. B. Belgien, Dänemark, Finnland, Großbritannien, Irland, Luxemburg, den Niederlanden und Schweden sowie in Island und Norwegen.

Auch für Deutschland ist es nun an der Zeit, sich diesen Ländern anzuschließen und somit der Ungleichbehandlung bei Kommunalwahlen zwischen EU- BürgerInnen und den übrigen AusländerInnen ein Ende zu setzen.

Burak Copur

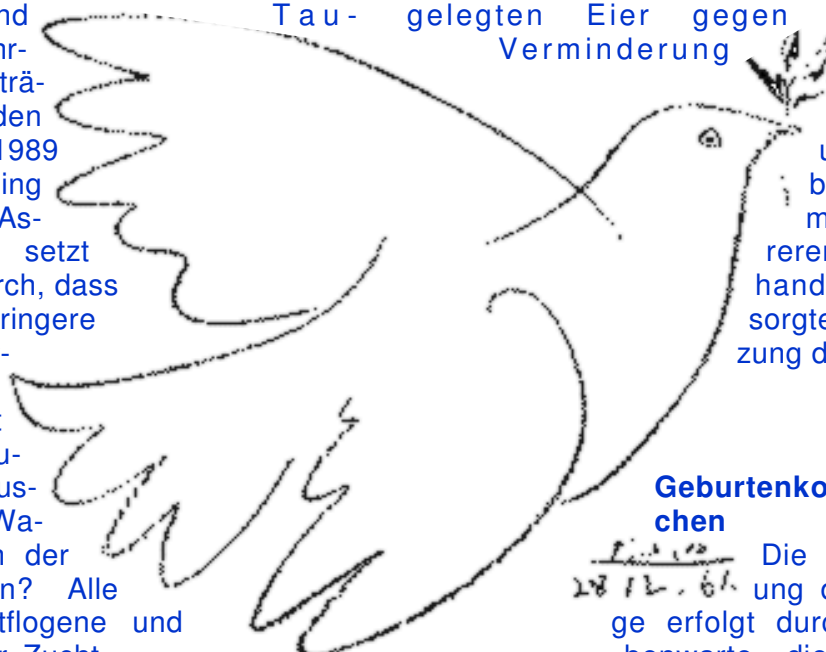
Was tun mit den Stadtauben?

Wer hat sich nicht schon mal über Verunreinigungen mit Taubenkot geärgert? Und hat uns nicht dennoch die verletzte Taube, die wir in der Innenstadt sahen, leid getan? Viele Vorurteile und Fragen hängen mit dem Thema Stadtauben zusammen. In unserer Gesellschaft finden sich da sehr widersprüchliche Betrachtungen und Antworten. Willkommen für alle am Thema Interessierten war deshalb die erste deutsche Stadtaubentagung der Uni Duisburg-Essen am 6.11.2007 an der ich ebenfalls teilnehmen konnte. Viele Fragen wurden ausführlich beantwortet. Hier eine Auswahl: Sind Tauben Schädlinge, gefährliche Krankheitsüberträger? Tauben werden rechtlich bereits seit 1989 nicht mehr als Schädling eingestuft und beim Aspekt der Gesundheit setzt sich die Erkenntnis durch, dass Tauben sogar eine geringere Infektionsgefahr darstellen als Ziervögel. Es ist nicht beobachtet worden, dass eine Seuche durch Tauben ausgelöst worden sei. Warum leben Tauben in der Nähe der Menschen? Alle Stadtauben sind entflozene und verwilderte Brief- oder Zuchtauben und deren Nachwuchs. Welcher Umgang mit Stadtauben ist sinnvoll - Fütterung, Verjagen, Tötung? Vermehren sich Tauben weniger in Städten, wo sie nicht gefüttert werden bzw. nicht gefüttert werden dürfen? Fütterungsverbote und Futtermangel führen nicht zu einer verminderten Fortpflanzungsrate. Tötungsaktionen bewirken aufgrund des freiwerdenden Lebensraums eine raschere Vermehrung.

Betreute Taubenschläge einrichten

Die Stadtaubenproblematik ist (mal wieder) eine von Menschen selbst gemachte - in mehrfacher Hinsicht. Aus Unkenntnis der Sachverhalte werden ungeeignete Maßnahmen ergriffen wie Tötungsaktionen. Nicht nur das wir den Tieren Leid zufügen, wir verbessern oft auch nicht

die Situation für den Menschen und geben unnütz viel Geld aus. Einen neuen und erfolgreichen Weg gehen seit bereits 10 Jahren Aachen und nachfolgend weitere Städte - mittlerweile auch in Belgien und in den Niederlanden. Ziel ist eine tiergerechte und ökologisch **sinnvolle Bestandkontrolle** der Stadtaubenpopulation sowie das Verhindern tierquälerischer Maßnahmen gegen die Tauben. In Aachen wurde ein integratives Konzept entwickelt, das die Errichtung von Taubenschlägen beinhaltet, kontrollierte Futterstellenangebote, Austausch der gelegten Eier gegen Gipseier und Verminderung der Zuwanderung von außen (durch Brief- und Rasetauben). Ein Zusammenschluss mehrerer verantwortlicher handelnder Akteure sorgte für die Umsetzung des Konzepts.



Die Friedenstaube von Picasso -
Symbol einer Bewegung

Geburtenkontrolle ermöglichen

1.3.12
28.12.61 Die tägliche Betreuung der Taubenschläge erfolgt durch tierliebe Taubenwarte, die diese Tätigkeit gegen eine Aufwandsentschädigung durch die Stadt Aachen (in anderen Städten teilweise ehrenamtlich) ausführen. Etwa 300 kg Taubenkot pro Taubenschlag (80 Tiere) und Jahr wird entsorgt und dieser wird daher nicht mehr auf Gebäuden abgesetzt. Es ist zu hoffen, dass die Stadt Essen ebenfalls daraus lernt. Zwei Taubenschläge sind in Essen errichtet, doch diese reichen nicht aus und es bedarf eines stärkeren Engagements weiterer Tier- und Stadtfreunde, um mit vertretbarem Aufwand einerseits die menschlichen Stadtbewohner vor Verunreinigungen und andererseits die Tauben vor Misshandlungen zu schützen. Weitere Infos unter: www.tierrechte.de --> Themen-Center --> Stadtauben

Silva Buttke

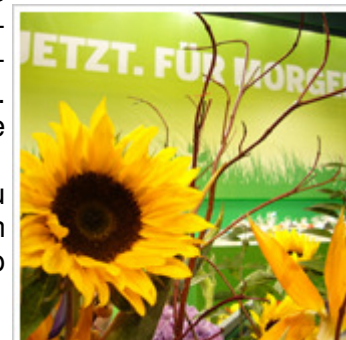
Kai's Brief – diesmal aus Nürnberg

Liebe Freundinnen und Freunde,

„Jetzt. Für morgen.“ – unter diesem Motto fand die 27. Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Nürnberger Frankenhalle statt (23. bis 25. November). Inhaltlich gab es eine Menge zu debattieren – von der Zukunft der sozialen Sicherung über die Klimapolitik und GRÜNE Marktwirtschaft bis hin zur inneren Sicherheit und der Verteidigung des Rechtsstaates. Hinzu kam der Beschluss über ein neues Parteilogo. Drei vollgepackte und spannende Tage im Frankenland also, in denen wichtige Grundpfeiler grüner Politik diskutiert und gefestigt wurden.

Der nach der BDK vollzogene Parteiaustritt Oswald Metzgers, um dies noch kurz zu erwähnen, ist eine logische Konsequenz seiner unsäglichen Interviewäußerungen zu Langzeitarbeitslosen und deren Kindern. Er hat dem GRÜNEN Wertekanon so bewusst den Rücken gekehrt.

Die wichtigsten Punkte der BDK waren:



Zukunft der sozialen Sicherung

Am zweiten BDK-Tag wurde das Thema soziale Sicherung heiß diskutiert. Bereits in den vergangenen Monaten wurde über verschiedene Modelle sozialer Sicherung, das Grundeinkommen und die Grundsicherung, debattiert. Während sich der grüne Bundesvorstand in seinem Antrag für eine weiterentwickelte Grundsicherung aussprach, favorisierten andere Anträge jeweils unterschiedliche Modelle des Grundeinkommens. Zur Einführung der Debatte unterstützte Frank Bsirske, GRÜNES Mitglied und Vorsitzender der Dienstleistungsgesellschaft Verdi, den thematischen Schwerpunkt des grünen Bundesparteitags mit einer programmatischen Rede gegen das bedingungslose Grundeinkommen. Der Antrag des BuVos wurde schließlich mit rund 60% Zustimmung zum Leitantrag für die weiteren Beratungen. Daran anschließend wurden die zahlreichen Änderungsanträge debattiert. Alle vorgestellten Änderungsanträge, bis auf den Antrag von Boris Palmer und anderen, wurden jedoch abgelehnt. Palmers Änderungsantrag ergänzt den Leitantrag um die Forderung, die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II als Sofortprogramm zu erhöhen.

Andere notwendige Verbesserungen bei Hartz IV über die Erhöhung der Regelsätze hinaus sollten schrittweise innerhalb einer Legislaturperiode erfolgen müssen und in ihren Wirkungen zu überprüfen sein.

Ich selbst hielt eine erfolgreiche Gegenrede gegen den Vorschlag eines bedingungslosen Bildungsgeldes, das in allen Bildungsphasen inklusive Weiterbildung, aber auch für Praktiker, Freiwilligendienste und sogar Schwangerschaft elternunabhängig gezahlt werden sollte. Dies wäre einer Einladung an Unternehmen und Landesregierungen gleichgekommen,

sich aus der Bildungsfinanzierung zurückzuziehen und hätte neue Ungerechtigkeiten geschaffen. Am Modell einer neuen grünen Studienfinanzierung werde ich nun intensiv weiterarbeiten.

Wir haben auf der BDK ein Gesamtpaket beschlossen, das 60 Milliarden Euro kostet – gegenfinanziert durch Umverteilung und neue Einnahmen. Wichtig: Es handelt sich dabei nicht nur um Sozialtransfers. Mehr als die Hälfte der Mittel soll gesamtstaatlich in Institutionen und Infrastruktur für Bildung fließen. Damit erreichen wir unsere Ziele Existenzsicherung und Teilhabegarantie.

Klimapolitik ohne wenn und aber

Ebenfalls mit großer Mehrheit wurde in Nürnberg ein Beschluss zur Klimapolitik gefasst. Einführend in die Debatte berichtete Rajendra Pachauri, Präsident des nobelpreisprämierten UN-Klimarates IPCC, per Videobotschaft über deren aktuellen Klimabericht. Scharf kritisierten die GRÜNEN Rednerinnen und Redner in der sich anschließenden Debatte um den Antrag die Umweltpolitik der Bundesregierung. Im Anschluss an die Diskussion wurde der Antrag *"Klimapolitik ohne wenn und aber – auf dem Weg zur solaren Gesellschaft"* mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag formuliert die technische, kulturelle und soziale Dimension, dem Klimawandel entgegenzutreten. Er benennt insgesamt 13 "Leitprojekte einer neuen ökologischen Politik" in den drei Themenfeldern klimaverträgliche Energieversorgung, CO₂-freie Mobilität und Erhaltung der biologischen Vielfalt. Zudem wird gefordert, Klimaschutz als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen, damit er zum Maßstab staatlichen und privaten Handelns wird.

Bürgerrechte schützen – Datensamm- ler ausbremsen

In der Debatte um Datenschutz und Bürgerrechte am dritten Tag der bündnisgrünen Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg, hat der Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Peter Schaar, vor einem Richtungswechsel beim Datenschutz gewarnt. Es folgte eine inhaltlich engagiert geführte Debatte. Hauptangriffsziel der zahlreichen Rednerinnen und Redner war die von Panikmache geprägte Sicherheitspolitik des Innenministers Schäuble. Zum Ende der Debatte beschlossen die grünen Delegierten, bei nur einer Enthaltung, den Antrag des Bundesvorstandes "Den Rechtsstaat offensiv verteidigen – die Bürgerrechte stärken" anzunehmen. Dieser wehrt sich gegen eine Entwicklung in Richtung Überwachungsstaate und spricht sich gegen Einsätze der Bundeswehr im Inneren aus. Orientiert am Imperativ der Menschenwürde, sollen die Bürgerrechte in Deutschland gestärkt werden.

Liebe Freundinnen und Freunde,

nach Nürnberg bleibt festzuhalten, dass die dort verabschiedeten Beschlüsse die Partei als Oppositionskraft wirksamer gemacht haben. Gleichzeitig haben wir aber auch die Gestaltungs- und Regierungsbereitschaft der Partei bewiesen. Nebenstehend das neue Logo der GRÜNEN – beschlossen auf der BDK. Gerne stehe ich Euch für Rückfragen zur Verfügung.

Bis bald und herzliche Grüße,
Euer <: Kai (Kai Gehring, MdB)



Alle Be- schlüsse der BDK

Die beim
Parteitag in
Nürnberg
getroffenen

Beschlüsse sind in ihrer vorläufigen Version auf der Website des GRÜNEN Bundesverbandes abrufbar.

<http://www.gruene.de/cms/partei/rubrik/11/11877.beschluesse.htm>

Verspätete Flüge in Düsseldorf lassen Lan- desregierung kalt

Anfang November hat die Bezirksregierung am Flughafen Düsseldorf 1269 verspätete Flüge nach 23 Uhr im Sommerflugplan 2007 festgestellt. Diese Entwicklung wird von der Bezirksregierung ungewöhnlich kritisch kommentiert. So äußerte Ulrich Marten, Leiter der Abteilung Luftverkehr in der Düsseldorfer Bezirksregierung gegenüber der *Rheinischen Post*: „Manche Airlines kommen regelmäßig zu spät. Es drängt sich der Verdacht auf, dass viele Verspätungen von den Fluggesellschaften geplant sind.“

Nach 23 Uhr dürfen offiziell keine Flugzeuge am Flughafen Düsseldorf landen. Ausnahmen sollen nur in Einzelfällen gestattet sein und zwar bis 24 Uhr für Flieger der Fluggesellschaften, für die Düsseldorf einer ihrer Hauptflughäfen darstellt (z.B. Lufthansa und Air Berlin) und bis 23.30 Uhr für sonstige Fluggesellschaften. Die Erkenntnisse der Bezirksregierung decken sich mit den Berechnungen des Kettwiger Mitgliedes der Initiative „Bürger gegen Fluglärm“, Georg Regniet. Dieser hat in einer sorgfältigen Auswertung der Webseite des Flughafens festgestellt, dass zwischen Mai und Oktober 2007 63 Prozent aller Verspätungen nach 23 Uhr durch Maschinen von „Air Berlin“ und 12 Prozent von Lufthansa-Fliegern verursacht werden.

Die GRÜNE Landtagsfraktion hat nun mittels einer kleinen Anfrage in Erfahrung gebracht, wie viele dieser verspäteten Flüge mit Strafen belegt wurden. Nach Auskunft der Landesregierung sind in diesem Jahr bislang nur elf (!) Verstöße gegen die Nachtflugbeschränkung geahndet wurden. Diese geringe Zahl ist beschämend angesichts der vollmundigen Versprechungen von Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) im Zusammenhang mit der von ihm genehmigten massiven Ausweitung des Flugbetriebes durch die neue Betriebsgenehmigung im November 2005. Der Minister hatte damals verkündet, dass ein neues Kontrollsystem für den Flughafen Düsseldorf den berechtigten Interessen der Flughafenanlieger nach Lärmschutz Rechnung tragen solle. Der Minister kündigte im Jahr 2006 einen Bußgeldkatalog für Flughafengesellschaften an, die durch ihren engen Flugplan Verstöße gegen das Nachtflugverbot in Düsseldorf billigend in Kauf nehmen. In der Antwort auf die kleine Anfrage offenbarte Wittke nun, dass ein solcher Bußgeldkatalog nicht kommen werde, da angeblich die geltenden Bußgeldregelungen des Bundes ausreichen sollen. Horst Becker, verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion, kommentierte dies so: „Minister Wittke zeigt sich wieder einmal als Ankündigungsminister, auf dessen Worte keine Taten folgen. Weitgehend tatenlos bleibt der Minister auch bei der ständigen Zunahme an Flugzeugen, die verspätet nach 23 Uhr landen. Von dem vom Minister im Zusammenhang mit der neuen Betriebsgenehmigung im Jahr 2005 verkündeten `Quantensprung beim Monitoring von Verstößen´ ist keine Spur zu erkennen. Stattdessen wird die Bevölkerung rund um den Flughafen von der Landesregierung nach wie vor im Stich gelassen.“

Helmar Pless

WANN				WAS
3.12.	Mo	19.00	VHS	Messeerweiterung/GRUGA in der Reihe „Essen kontrovers“
5.12.	Mi	19.00	Kopstadtplatz	MV der GRÜNEN (Wasser, Gruga, Bädergutachten, RFNP)
5.12.	Mi	18.00	Frohnhausen	Stammtisch der GRÜNEN E-West im „j & h“ Lüneburger Str. 40 Fällt aus wg MV
8.12.	Sa	10.00	E-Altendorf	Kundgebung/Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch Treffpunkt Ehrenzeller Markt
8.12.	Sa	14.00	Neurath	Internationaler Klima-Aktionstag Demo in Neurath www.globalclimatecampaign.org Busfahrkarten über GRÜNE Essen Abfahrt 12.00 Hbf-Südseite (Preis 10 Euro)
10.12.	Mo	20.00	Wasserturm	Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Huttrop Gaststätte Michelshof Steubenstr. 61
11.12.	Di	20.00	Borbeck	GRÜNER Treff in Borbeck im Wirtshaus Germaniastr. 230
14.12.	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel Weihnachtsessen im Restaurant Ruhrblick (Kupferdreh)
20.12.	Do	20.00	Werden	Treffpunkt GRÜN in den Domstuben Brückstraße
21.08	Mi	18.00	Frohnhausen	18.00 Uhr pol. Gespräch 19.00 Stammtisch der GRÜNEN E-West im „j & h“ Lüneburger Str. 40
9.1.08	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend Westfalenstr. 298 Thema Grundsicherung
20.1.08	So	11.00	Unperfekthaus	Neujahrsempfang der GRÜNEN im obersten Stockwerk, Friedrich –Ebertstr. 18 gegenüber von Karstadt

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer „GRÜNEN Zeiten“ von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum haben. Wenn Sie eine regelmäßige Zusendung des Newsletters „GRÜNE Zeiten“ wünschen, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre Email-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich. Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit E-Mails zu belästigen.

Impressum Newsletter

Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Essen, Limbecker Str. 48-50, 45127 Essen
Tel.:0201- 24764-33 , Kreisverband@gruene-essen.de
Redaktion: J. Drell, H. Pless und alle Vorstandsmitglieder
Gestaltung: F. Yaldizli